

Zusatzvereinbarung

zum Rahmenabkommen über Technische Zusammenarbeit

zwischen

der Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

der Regierung der Föderativen Republik Brasilien

über die Durchführung des Vorhabens

„Konsolidierung des brasilianischen Systems von Naturschutzgebieten – SNUC –  
LifeWeb“

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und  
die Regierung der Föderativen Republik Brasilien  
(nachfolgend bezeichnet als „Vertragsparteien“) –

in der Erwägung, dass die Beziehungen im Bereich der Technischen Zusammenarbeit auf Grundlage des Rahmenabkommens vom 17. September 1996 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Föderativen Republik Brasilien über Technische Zusammenarbeit gestärkt wurden,

in Anbetracht des gemeinsamen Willens, die Zusammenarbeit zur nachhaltigen Entwicklung zu fördern,

in der Erwägung, dass die Technische Zusammenarbeit im Bereich Biodiversität für die Vertragsparteien von besonderer Bedeutung ist,

unter Bezugnahme auf das Protokoll des deutsch-brasilianischen Auswahlkomitees für Projekte der Internationalen Klimaschutzinitiative während der deutsch-brasilianischen Regierungsgespräche vom 13. September 2011, –

sind wie folgt übereingekommen:

#### Artikel 1

Ziel dieser Zusatzvereinbarung ist die Durchführung des Vorhabens der Internationalen Klimaschutzinitiative „Konsolidierung des brasilianischen Systems von Naturschutzgebieten – SNUC – LifeWeb“ (im Folgenden als „Vorhaben“ bezeichnet) im

Rahmen der dem Ziel der Entwicklung der Föderativen Republik Brasilien zugutekommenden bilateralen Zusammenarbeit.

## Artikel 2

(1) Die Regierung der Föderativen Republik Brasilien benennt:

1. die Brasilianische Agentur für Zusammenarbeit des brasilianischen Außenministeriums (ABC/MRE) als Einrichtung, die für die Koordinierung, Begleitung und Evaluierung der sich aus dieser Zusatzvereinbarung ergebenden Aktivitäten verantwortlich ist und in diesem Zusammenhang die nationale Einrichtung steuert, den Projektvorschlag überprüft und seine Überprüfung im Kontext der verschiedenen Sektorpolitiken der Regierung koordiniert, seine Aushandlung unterstützt, die Entwicklung des Vorhabens unter technischen Aspekten begleitet und zu diesem Zwecke Besichtigungen durchführt und an den vorgesehenen Planungs-, Koordinierungs-, Überwachungs- und Bewertungsaufgaben und -treffen teilnimmt; und
2. das Ministerium für Umwelt der Föderativen Republik Brasilien, das für die Durchführung der sich aus dieser Zusatzvereinbarung ergebenden Aktivitäten verantwortlich ist; zu diesen gehören weder der Erwerb von Dienstleistungen und das Anwerben von Personal noch das Abschließen von Dienstleistungs- oder Arbeitsverträgen; sollten dennoch Dienstleistungs- oder Arbeitsverträge erforderlich sein, müssten diese im Einklang mit dem brasilianischen Rechts- und Normensystem stehen.

(2) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland benennt die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH in Bonn und Eschborn als Einrichtung, die

für die Durchführung der sich aus dieser Zusatzvereinbarung ergebenden Aktivitäten verantwortlich ist.

### Artikel 3

(1) Der Regierung der Föderativen Republik Brasilien obliegt es:

1. einen nicht-finanziellen Beitrag in Form von technischen und organisatorischen Hilfskräften, physischen Einrichtungen und Ausrüstungsgegenständen durch das Ministerium für Umwelt der Föderativen Republik Brasilien zu leisten, ohne jedoch dem Vorhaben finanzielle Mittel zuzuteilen. Die vom Ministerium für Umwelt der Föderativen Republik Brasilien zu erbringende Leistung ist beschränkt auf seinen offiziellen Auftrag und den Aufgabenbereich seiner Mitarbeiter;
2. nach den Artikeln 4, 6, 7 und 9 des Rahmenabkommens vom 17. September 1996 über Technische Zusammenarbeit die dort erwähnten Vorrechte, Immunitäten und Schutz für Fachkräfte zu gewähren. Für die Befreiung der Ausrüstungsgegenstände von Steuern und Abgaben und für die Steuerbefreiung der GIZ gilt, was in den Artikeln 4, 6, 7 und 9 des erwähnten Rahmenabkommens festgelegt ist;
3. die Entwicklung des Vorhabens zu begleiten und zu evaluieren.

(2) Der Regierung der Bundesrepublik Deutschland obliegt es:

1. Personal- und Sachleistungen im Gesamtwert von bis zu 4 880 000 Euro (vier Millionen achthundertachtzigtausend Euro) beizutragen;
2. die Entwicklung des Vorhabens zu begleiten und zu evaluieren.

(3) Diese Zusatzvereinbarung beinhaltet weder irgendeine Verpflichtung zum Transfer von Finanzmitteln zwischen den Vertragsparteien noch gravierende Belastungen oder Verpflichtungen für den nationalen Besitzstand.

#### Artikel 4

Aus keiner der im Rahmen des Vorhabens durchzuführenden Aktivitäten erwächst ein neues Rechtsverhältnis zwischen den Vertragsparteien.

#### Artikel 5

(1) Einzelheiten des Vorhabens und der zu erbringenden Leistungen und Verpflichtungen werden in einer Durchführungsvereinbarung festgelegt, die zwischen der in Artikel 2 genannten brasilianischen Durchführungseinrichtung und der ebenfalls dort genannten, mit der Durchführung beauftragten deutschen Einrichtung geschlossen wird. Diese Durchführungsvereinbarung unterliegt den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften, solange die brasilianische Gesetzgebung nicht verletzt wird.

(2) Die für das Vorhaben von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland gemachte Zusage entfällt ersatzlos, soweit nicht bis zum 31. Dezember 2021 die in Absatz 1 genannte Durchführungsvereinbarung geschlossen wird.

(3) Die in Artikel 2 genannten, mit der Durchführung beauftragten Einrichtungen fertigen Berichte über die Ergebnisse an, die mit dem Vorhaben im Rahmen dieser Zusatzvereinbarung erzielt wurden, und übermitteln diese an die koordinierenden Einrichtungen.

(4) Unterlagen und Produkte, die aus den Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Vorhaben resultieren, sind gemeinsames Eigentum der Vertragsparteien.

#### Artikel 6

Diese Zusatzvereinbarung kann zu jeder Zeit auf diplomatischem Wege und in beiderseitigem Einvernehmen abgeändert werden.

#### Artikel 7

Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieser Zusatzvereinbarung werden in direkter Verhandlung zwischen den Vertragsparteien auf diplomatischem Wege beigelegt.

#### Artikel 8

Jede Vertragspartei hat das Recht, diese Zusatzvereinbarung zu jeder Zeit durch Notifizierung auf diplomatischem Wege zu kündigen, wobei die Entscheidung über die Fortführung der in Durchführung befindlichen Aktivitäten bei den Vertragsparteien liegt. Die Kündigung tritt sechs Monate nach dem Tag der Notifizierung in Kraft.

#### Artikel 9

In Fragen, die in dieser Zusatzvereinbarung nicht geregelt sind, finden die Bestimmungen des Rahmenabkommens vom 17. September 1996 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Föderativen Republik Brasilien über Technische Zusammenarbeit Anwendung.

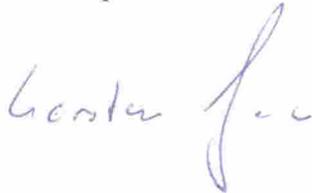
Artikel 10

Diese Zusatzvereinbarung tritt mit ihrer Unterzeichnung in Kraft und gilt für einen Zeitraum von drei Jahren, welcher sich, soweit nicht eine der Vertragsparteien sich anderweitig äußert, bis zur Erreichung ihres Ziels automatisch verlängert.

Geschehen zu Brasilia am 27. Juni 2017 in zwei  
Urschriften in deutscher und portugiesischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.



Für die Regierung der  
Bundesrepublik Deutschland



Für die Regierung der  
Föderativen Republik Brasilien



Ajuste Complementar ao Acordo Básico de Cooperação Técnica

entre

o Governo da República Federal da Alemanha

e

o Governo da República Federativa do Brasil

para a implementação do projeto

“Consolidação do Sistema Nacional de Unidades de Conservação – SNUC – LifeWeb”

O Governo da República Federal da Alemanha  
e  
o Governo da República Federativa do Brasil  
(doravante denominados “Partes”) –

Considerando que as relações de cooperação técnica têm sido fortalecidas ao amparo do Acordo Básico de Cooperação Técnica entre o Governo da República Federal da Alemanha e o Governo da República Federativa do Brasil, firmado em 17 de setembro de 1996,

Considerando o desejo comum de promover a cooperação para o desenvolvimento sustentável,

Considerando que a cooperação técnica na área de biodiversidade se reveste de especial interesse para as Partes,

Com referência à Ata do comitê de seleção Alemanha-Brasil para projetos da Iniciativa Internacional de Proteção ao Clima durante os diálogos intergovernamentais Alemanha-Brasil de 13 de setembro de 2011,

ajustam o seguinte:

Artigo 1.º

O presente Ajuste Complementar tem por objeto a implementação do projeto da Iniciativa Internacional de Proteção ao Clima “Consolidação do Sistema Nacional de Unidades de Conservação – SNUC – LifeWeb” (doravante denominado “Projeto”), no marco da

cooperação bilateral em benefício do objetivo de desenvolvimento da República Federativa do Brasil.

#### Artigo 2.º

(1) O Governo da República Federativa do Brasil designa:

1. a Agência Brasileira de Cooperação do Ministério das Relações Exteriores (ABC/MRE) como instituição responsável pela coordenação, acompanhamento e avaliação das atividades decorrentes do presente Ajuste Complementar e que, nessa matéria, orienta a instituição nacional, analisa a proposta de projeto e coordena sua análise no contexto das políticas setoriais do Governo, facilita a sua negociação, acompanha o desenvolvimento do Projeto sob o aspecto técnico e, para esse fim, realiza visitas e participa das missões e reuniões de planejamento, coordenação, monitoramento e avaliação previstas; e
2. o Ministério do Meio Ambiente da República Federativa do Brasil como instituição responsável pela execução das atividades decorrentes deste Ajuste Complementar, a qual não efetuará aquisições tampouco contratações de serviço ou pessoal como parte das atividades do Projeto e caso o necessite fazer, estas serão efetuadas de acordo com o regime jurídico e normativo brasileiro.

(2) O Governo da República Federal da Alemanha designa a Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH em Bonn e Eschborn como instituição responsável pela execução das atividades decorrentes do presente Ajuste Complementar.

#### Artigo 3.º

(1) Ao Governo da República Federativa do Brasil cabe:

1. contribuir com contrapartida não-financeira, na forma de servidores técnicos e gerenciais, instalações físicas e equipamentos, por parte do Ministério do Meio Ambiente da República Federativa do Brasil, sem alocação de recursos financeiros para o Projeto. A contrapartida do Ministério do Meio Ambiente da República Federativa do Brasil ater-se-á ao seu mandato oficial e às atribuições de seus servidores;
2. conceder aos técnicos, em conformidade com os artigos 4.º, 6.º, 7.º e 9.º do Acordo Básico de Cooperação Técnica de 17 de setembro de 1996, os privilégios, as imunidades e a proteção aí referidos. A isenção dos equipamentos de impostos e encargos fiscais e a isenção de impostos concedida à GIZ obedecerão ao disposto nos artigos 4.º, 6.º, 7.º e 9.º do mencionado Acordo Básico;
3. acompanhar e avaliar o desenvolvimento do Projeto.

(2) Ao Governo da República Federal da Alemanha cabe:

1. contribuir em recursos humanos e materiais, no montante total de até 4 880 000 euros (quatro milhões oitocentos e oitenta mil euros);
2. acompanhar e avaliar o desenvolvimento do Projeto.

(3) O presente Ajuste Complementar não implica qualquer compromisso de transferência de recursos financeiros de uma Parte à outra ou quaisquer encargos ou compromissos gravosos ao patrimônio nacional.

Artigo 4.º

Nenhuma das atividades a serem desenvolvidas no âmbito do Projeto inaugurará uma nova relação jurídica entre as Partes.

Artigo 5.º

(1) Os pormenores do Projeto bem como das contribuições a prestar e dos compromissos a cumprir serão também registrados em um Termo de Compromisso de Execução a ser concluído entre o órgão executor brasileiro e a instituição executora alemã mencionados no artigo 2.º. Esse Termo de Compromisso de Execução ficará sujeito às disposições legais vigentes na República Federal da Alemanha, desde que seja respeitada a legislação brasileira.

(2) O compromisso assumido pelo Governo da República Federal da Alemanha para o Projeto será anulado, sem direito a substituição, se o Termo de Compromisso de Execução mencionado no parágrafo 1 não for firmado até 31 de dezembro de 2021.

(3) As instituições executoras mencionadas no artigo 2.º elaborarão relatórios sobre os resultados obtidos no Projeto desenvolvido no âmbito do presente Ajuste Complementar, os quais serão apresentados às instituições coordenadoras.

(4) Os documentos e produtos resultantes das atividades desenvolvidas no contexto do Projeto serão de propriedade conjunta das Partes.

Artigo 6.º

O presente Ajuste Complementar poderá ser emendado, em qualquer momento, pela via diplomática e por consentimento mútuo.

Artigo 7.º

Qualquer controvérsia relativa à interpretação ou à execução do presente Ajuste Complementar será resolvida diretamente pelas Partes, por via diplomática.

Artigo 8.º

Qualquer uma das Partes poderá notificar, a qualquer momento, por via diplomática, sua decisão de denunciar o presente Ajuste Complementar, cabendo às Partes decidir sobre a continuidade das atividades que estiverem em execução. A denúncia surtirá efeito seis meses após a data da notificação.

Artigo 9.º

Nas questões não previstas no presente Ajuste Complementar, aplicar-se-ão as disposições do Acordo Básico de Cooperação Técnica entre o Governo da República Federal da Alemanha e o Governo da República Federativa do Brasil, firmado em 17 de setembro de 1996.

Artigo 10.º

O presente Ajuste Complementar entrará em vigor na data de sua assinatura e vigorará por três anos, sendo renovado automaticamente, até o cumprimento de seu objeto, salvo manifestação contrária de qualquer das Partes.

Feito em Brasília, em 27 de junho de 2017, em dois exemplares originais, em alemão e português, sendo ambos os textos igualmente autênticos.

  
PELO GOVERNO DA  
REPÚBLICA FEDERAL DA ALEMANHA

  
PELO GOVERNO DA  
REPÚBLICA FEDERATIVA DO BRASIL

